



## KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 27. März 2023  
Kantonsratspräsident Born Rolf

### **P 795 Postulat Meyer Jörg und Mit. über regionale Steuerämter / Finanzdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Jörg Meyer beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Jörg Meyer: Beim Lesen der Stellungnahme des Regierungsrates habe ich meinen Augen nicht getraut und gedacht, mein Postulat werde tatsächlich gutgeheissen, aber dem ist ja nicht so. Äusserungen der Regierung wie etwa «Wir gehen mit der Begründung einig [...]» oder «Es weist zu Recht darauf hin [...]» scheinen aber zu zeigen, dass ich anscheinend den Nagel auf den Kopf getroffen habe. Ich fordere ja nichts anderes als das, was die Regierung seit Jahren verlangt – unter anderem in einem der letzten Jahresberichte –, nämlich dass die Regionalisierung aktiver und vorausschauender erfolgt und die Potenziale ausgeschöpft werden. Wieso gelangt die Regierung dann zur Meinung, dass wir das nicht wollen? Mit der linken Hand sagen wir Ja, das hätte Chancen und könnte irgendwann Probleme geben, also müssten wir es tun. Aber die rechte Hand sagt Nein, ja nicht. Die Stellungnahme der Regierung ist ehrlich und offen. Es ist nicht eine Frage des sachlichen Inhalts, sondern scheinbar einzig und allein eine Frage der politischen Schlussfolgerung, sich bei den Gemeinden nicht einzumischen. Die Gemeindeautonomie steht über allem, ob sachlich angezeigt oder sogar ob im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Scheinbar gibt es Argumente für ein bestens organisiertes, zukunftsfähiges Steuereinschätzungswesen, diese werden aber auf dem Altar der Gemeindeautonomie geopfert. Es hat nichts damit zu tun, dass die Gemeinden ihre Arbeit nicht gut machen, aber die Gesetzgebung wird immer komplexer, und auch in diesem Gebiet herrscht ein Fachkräftemangel. Alle sachlogischen Gründe sprechen dafür, was die Regierung seit Jahren erklärt. Die Gemeinden machen diesen Schritt nicht von sich aus oder höchstens unter Druck, und hier komme ich zur Aufsicht des Kantons: Natürlich kann die Aufsicht so ausgelegt werden, dass nichts unternommen werden muss, solange keine Probleme bestehen. Es gibt aber auch die Form einer präventiven Aufsicht. Um der Regierung eine Chance zu geben, beantrage ich deshalb die teilweise Erheblicherklärung. Es geht nicht darum, dass die Regierung die Steuerämter zwangsregionalisiert, sondern um eine aktivere Förderung, de facto also vieles von dem, was die Regierung bereits tut, aber nun zusätzliche mit einem politischen Auftrag. Die Gemeindeautonomie soll gewahrt werden, aber zugunsten von effizienteren, kostengünstigeren und professionelleren Dienstleistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Hans Lipp: Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab. Das Postulat greift zu stark in die Gemeindeautonomie ein. In der Vergangenheit gab es viele kleinere Zusammenschlüsse, und die wird es auch in Zukunft geben. Auch Zusammenschlüsse zu grösseren Einheiten müssen von unten wachsen. Der Regierungsrat muss keinen Druck für eine Regionalisierung der Steuerämter ausüben und diese aktiv fördern, damit macht er sich

nur unbeliebt. «Klein, aber fein» ist manchmal kostengünstiger und effizienter. Die Nähe zum Steuerpflichtigen kann ebenfalls ein guter Grund und ein Vorteil sein. Grösser bedeutet nicht immer professioneller, und wenn man keine Ansprechpersonen kennt, wird man vielfach von einer Person zur nächsten gereicht. Das haben sicher schon viele erlebt. Das wollen wir nicht. Die Gemeinden sind bestrebt, unserer Kundschaft und den Steuerzahlenden einen guten und kundenfreundlichen Service zu bieten. Das ist das Ziel jeder Gemeinde und auch der Städte. Veränderungen werden kommen, und Steuerämter werden sukzessive zusammengelegt, das muss aber für die Gemeinden und insbesondere die Regionen stimmen. Auf kantonaler Ebene sehen wir keinen Handlungsbedarf.

Franz Räber: Gemäss Postulat soll die Effizienz durch Synergien gesteigert werden. Damit ist sowohl die Regierung als auch die FDP-Fraktion einverstanden. Nicht teilen können wir aber die politische Schlussfolgerung, wonach der Kanton auch im Rahmen seiner gesetzlichen Aufsichtspflicht zusammen mit dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG) die Regionalisierung der Steuerämter aktiv angehen soll. Die dezentrale Organisation mit vergleichsweise weitgehenden Gemeindekompetenzen bei den Steuerämtern ist politisch so gewollt. Sie ist Ausdruck der verfassungsrechtlich garantierten Gemeindeautonomie. Die Forderung des Postulanten führt zu einem klaren Zielkonflikt mit der Gemeindeautonomie. Im Rahmen der Aufsichtstätigkeit spricht die Dienststelle Steuern die Gemeinden bereits jetzt schon regelmässig darauf an, je nach konkreter Situation die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden zu suchen oder eine Regionalisierung der Steuerämter zu prüfen. Das reicht unserer Meinung nach aus. Mehr Synergien und Effizienzsteigerungen müssen aber von den einzelnen Gemeinden selber forciert und nicht vom Kanton gefordert werden. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Samuel Zbinden: In anderen Debatten hören wir sehr oft – auch von Gemeindevertreterinnen und -vertretern –, dass die Anforderungen an die Gemeinden, die Gemeindeverwaltungen und die Kommune stets zunehmen würden wegen gesetzlicher Grundlagen und hoher Erwartungen an die durch die Gemeinde zu erbringenden Dienstleistungen für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Gleichzeitig macht auch der Fachkräftemangel vor den Gemeinden nicht halt. Personal zu finden, wird für kleinere Gemeinden eine immer grössere Herausforderung. Jetzt liegen aber in der stark föderalistisch geprägten Schweiz viele hochzentrale und politisch sehr relevante Aufgaben in der Kompetenz der Gemeinden, seien das die Volksschulen, die Altersheime, die Richtpläne, die kommunale Verkehrsplanung, die Finanzen oder die öffentliche Sicherheit. All das liegt in der Hand der schweizweit über 2000 und im Kanton Luzern über 80 Gemeinden. Das ist in vielen Fällen auch gut so. Es macht Sinn, dass vor Ort entschieden wird, wo der Veloweg durchführen und das Lärmproblem in der Altstadt gelöst werden soll oder wo ein Hochhaus gebaut wird. Für solche Fälle sollen die Gemeinden vor Ort ein Know-how aufbauen. Ich frage mich aber, ob es für die Menschen vor Ort tatsächlich Sinn macht, dass jede Gemeinde ein eigenes Steueramt führt und dazu ihr eigenes Know-how braucht. Was genau bringt es mir als Bürgerin oder Bürger, wenn meine Steuerrechnung in meiner Gemeinde und nicht in einer Gemeinde in der Nähe bearbeitet wird? Auch dort kann man telefonische Nachfragen stellen. Der einzige Vorteil, der mir spontan einfällt: Kleinere Gemeinden könnten mit den immer grösser werdenden Aufgaben überlastet und überfordert sein, und dadurch wird das Betrügen einfacher. Die allermeisten Gemeinden haben ein eigenes Steueramt, zurzeit sind es 61. Nur sehr wenige Gemeinden haben ein regionales Steueramt. Deshalb braucht es eine aktive Förderung. Von Zwang ist nirgendwo die Rede. Die Bürgerinnen und Bürger, die Gemeinden und wir als Kanton würden von einer vermehrten Zusammenarbeit der Steuerämter profitieren. Die G/JG-Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Ursula Berset: Die Gemeinden sind für die Veranlagung von Privatpersonen zuständig. Wie sie das organisieren, ist ihre Sache. Es gibt zahlreiche Gründe, um die Steuerämter zu regionalisieren. Offenbar gibt es aber auch gute Gründe, um die Organisation wie bisher zu belassen, also in der Entscheidungsgewalt der Gemeinden, weil sie ihre Situation am besten beurteilen können. Aus unserer Sicht geht es nicht an, dass sich der Kanton hier einmischet. Als Bürgerin kann ich mich bei meiner Gemeinde dafür einsetzen und nachfragen, ob eine

regionale Lösung in Betracht gezogen wird und diese so vorantreiben. Mit der Einführung der einheitlichen Steuersoftware NEST hat der Kanton seinen Beitrag geleistet, um optimale Rahmenbedingungen für eine Regionalisierung zu schaffen. Aus Sicht der GLP-Fraktion muss der nächste Schritt von den Gemeinden selber kommen. Wir sind der Ansicht, dass eine weitere Förderung nicht notwendig und auch nicht angebracht ist. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Daniel Keller: Die personalpolitischen Überlegungen von Jörg Meyer sind gut und richtig und werden auch seitens der Regierung gewürdigt. Durch eine Regionalisierung könnten einzelne Abläufe effizienter gestaltet werden, was zu begrüßen wäre. Die politische Realität hat den Postulanten aber bald wieder eingeholt, nämlich dann, wenn gefordert wird, dass der Kanton im Rahmen seiner Aufsichtspflicht die Regionalisierung der Steuerämter zusammen mit dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG) aktiv angehen soll. Genau dort besteht ein massiver Zielkonflikt mit der Gemeindeautonomie. Auch nach Auffassung der SVP-Fraktion ist es eine Aufgabe der Gemeinden, ihre Organisation zu bestimmen. Demzufolge müssen die Gemeinden bei Bedarf und auf ihren Wunsch den Antrag dazu selber stellen. Die rechtlichen und gesetzlichen Grundlagen sind bereits vorhanden. Die Gemeinden sind keine Unternehmungen. Marktwirtschaftliches Denken seitens der SP begrüsst die SVP-Fraktion aber sehr. Wir werden bei passender Gelegenheit gerne auf die SP zurückkommen. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Yvonne Hunkeler: Es funktioniert bestens, wenn Steuerämter zusammengelegt werden, so auch bei der Fusion von Grosswangen und Ruswil. Das funktioniert von unten nach oben, wenn die Gemeinde findet, dass es notwendig ist, beispielsweise weil sie zu wenig Personal hat. Dann passieren solche Fusionen, ohne dass sich der Kanton einmischen muss. Wenn man im Zusammenhang von Steuerämtern von «betrügen» spricht, weiss ich nicht, wie oft Samuel Zbinden schon gesehen hat, wie in einem Steueramt gearbeitet wird. Das sind qualifizierte, ausgebildete Personen, die unter der Aufsicht des Kantons stehen. Dort wird nicht betrogen, sondern gearbeitet, und zwar fachlich. Ich finde es nicht korrekt, den Steuerämtern so etwas zu unterstellen. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat ab, denn wenn eine Zusammenlegung notwendig ist, machen die Gemeinden das auch.

Samuel Zbinden: Ich glaube, Yvonne Hunkeler hat mein Votum falsch interpretiert. Wenn meine Aussage so verstanden wurde, dass die Steuerämter betrügen würden, tut mir das leid. Das wollte ich überhaupt nicht implizieren. Ich wollte damit sagen, dass es für die Steuerzahlenden einfacher ist, Steuern zu hinterziehen, was leider eine Realität ist.

Franz Räber: Ich glaube, wir alle haben verstanden, dass Samuel Zbinden von «weniger betrügen» gesprochen hat. Auch wir haben Vertrauen in die Steuerämter des ganzen Kantons und wissen, dass dort seriös und genau gearbeitet wird. Deshalb ist das sicher kein Grund, um die Steuerämter zusammenzulegen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Wir haben in unserer Stellungnahme zum Ausdruck gebracht, dass eine Zusammenarbeit im Grundsatz sicher gut ist, auch im Bereich der Steuern. Aber es gibt nun einmal die Aufgabenteilung 2013 zwischen den Gemeinden und dem Kanton, wo definiert wurde, was wo erledigt werden soll. Daran halten wir uns. Wir erwarten schliesslich von den Gemeinden auch, dass sie sich im Bereich der Kultur an die Finanzreform 2008 erinnern. Das ist in etwa vergleichbar. Das heutige Modell ist politisch so gewollt und aus unserer Sicht daher nicht anzutasten. Das heisst aber nicht, dass wir Gemeinden, die eine Zusammenarbeit wünschen, nicht dabei unterstützen, sondern das tun wir aktiv. In diesem Sinn bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 73 zu 28 Stimmen ab.